

Wettbewerb statt Gießkannenprinzip

Expertenbericht. Österreich und die Ukraine kooperieren in der Forschung seit Jahren. Dass das Wissenschaftssystem der Ukraine dringend Reformen braucht, stellt nun ein EU-Gutachten fest.

VON MARIELE SCHULZE BERNDT

In den Nanowissenschaften und der Chemie ist die ukrainische Forschung stark. Auf diesen Gebieten arbeiten österreichische Forscher mit ukrainischen zusammen. Daneben fördert das Wissenschaftsministerium auch zwei ökologische Forschungsprojekte. Doch was die Exzellenz von Forschung und Wissenschaft in der Ukraine angeht, hat ein Expertenbericht der EU-Kommission nun große Defizite festgestellt.

Der promovierte Wiener Sozialwissenschaftler Klaus Schuch hat daran mitgearbeitet. Schuch ist Direktor des Zentrums für Soziale Innovation in Wien. Er kennt sich gut in der Ukraine aus; denn er betreut seit Jahrzehnten Projekte in Zusammenarbeit von Ukraine und Österreich oder der EU. Mit Hilfe des Berichts für das Horizon-2020-Programm der EU-Kommission soll die Ukraine ihre Politik modernisieren.

Dazu empfehlen die Experten grundlegende Veränderungen im System: Nicht der isolierte Ausbau bestimmter Fachgebiete würde die Ukraine in ihrer Wissenschaft, technologischen Entwicklung und Innovation voranbringen, sondern eine Erhöhung und Veränderung der Forschungsfinanzierung.

Daten zeichnen düsteres Bild

Bisher verfügt die Ukraine kaum über wettbewerbsorientierte Wissenschaftsförderung. Geld wird nach dem Gießkannenprinzip an alle 300 Universitäten verteilt. Kriterium ist die Zahl der Studenten. „Das Wissenschaftssystem braucht dringend eine Mischform aus institutioneller Grundfinanzierung und kompetitiver Projektfinanzierung“, meint Schuch. „Dabei sollten 40 Prozent der Mittel im Wettbewerb vergeben werden, 60 Prozent als Grundfinanzierung.“

Auf Grund umfangreicher Daten und nach verschiedenen Besuchen zeichnen die Gutachter ein düsteres Bild. Obwohl es circa 200 öffentliche und 100 private Universitäten unterschiedlicher Größe gibt, existiert kaum innovationsorientierte Forschung. Außerdem fehlt es vielerorts noch an Eng-



Der Direktor des ZSI in Wien, Klaus Schuch, betreut seit Jahrzehnten Projekte in Zusammenarbeit mit der Ukraine.

[Clemens Fabry]

lischenkenntnissen. Eine starke Akademie der Wissenschaften mit einem seit den 1960er-Jahren amtierenden 98-jährigen Vorsitzenden erweist sich aus Sicht der Experten als „reformresistent“. „Abgesehen von wenigen Nischen, in denen sich ‚Exzellenz‘ findet, beispielsweise in der Materialphysik und Astrophysik, haben sich Forschung und Relevanz entkoppelt“, so Schuch.

Die Gutachter empfehlen, dass die Regierung zunächst Prioritäten für sozioökonomische Felder setzt, die für die Ukraine aktuell besonders wichtig sind. Erst im Anschluss können konkrete Empfehlungen für Forschungs- und Entwicklungsfelder gegeben werden.

Durch den Konflikt mit Russland ist der wichtigste Wirtschaftspartnerschaftspartner abhand gekommen. Die Schwerindustrie, die Anfang der 1990er-Jahre noch im Bereich der Schwellenländer wettbewerbsfähig war und in Rüstungsprojekten mit russischen Unternehmen kooperierte, hat mit dem Kontaktverbot zu Russland ihren Markt verloren. Wissenschaftsintensive Dienstleistungen existie-

ren kaum. Die Wirtschaft fragt Forschung und Entwicklung seitens der Universitäten wenig nach. Das müsse sich ändern.

Positive Ansätze sehen die Gutachter neben der Rüstungsindustrie in der Lasertechnik, Nanotechnologie, Atomenergie und in der Physik. Gemeinsame Projekte werden vom österreichischen Wissenschaftsministerium durch Erstattung der Mobilitätskosten unterstützt. Noch rangiert Österreich als Forschungspartner für die Ukraine deutlich hinter Deutschland und Polen. „Die Selbstverständlichkeit, mit der Österreich in Südosteuropa als bevorzugter Part-

IN ZAHLEN

300 Universitäten gibt es in der Ukraine, davon circa 200 öffentliche und 100 Privatuniversitäten. Derzeit fragt die Wirtschaft Forschung und Entwicklung seitens der Universitäten wenig nach.

40 Prozent der Mittel sollen künftig im Wettbewerb vergeben werden, der Rest als Grundfinanzierung, empfehlen Experten.

ner betrachtet wird, muss in der Ukraine erst aufgebaut werden.“

Schuch, der auch EU-Berichtsersteller über die Situation in Österreich ist, sieht trotz der grundlegenden Unterschiede im Wissenschaftssystem zwischen Österreich und der Ukraine auch Parallelen.

Duell von Forschung und Lehre

Auch in Österreich müsse die Forschung hinter der Lehre zurückstehen. Dafür, dass Österreich mit 3,07 Prozent des Budgets für Forschungs- und Entwicklungsausgaben gemessen am BIP an zweiter Stelle in der EU steht, sei die Positionierung in internationalen Rankings zu schlecht, meint er. „Input und Output entsprechen einander in Österreich nicht“, kritisiert er.

Schuch sieht die Ursache für die im Vergleich zum Forschungsbudget schlechten Resultate in der falschen Verteilung der Forschungsmittel und falscher Strukturen in der Forschungsförderung. Ein Umdenken in Richtung von mehr wettbewerbsfähiger Grundlagenforschung sei notwendig. Nur so komme Österreich zu mehr Exzellenz und Hightech.

Mehr Nahrung aus Weideland gewinnen

Übrige Grünflächen für andere Zwecke nutzbar.

Bewirtschaftet man Weideflächen effizient, lassen sich nicht nur von darauf gehaltenen Tieren mehr Nahrungsmittel gewinnen, sondern weltweit auch rund 2,8 Millionen Quadratkilometer Grünfläche für andere Zwecke nutzen. Das zeigte eine am International Institute of Applied Systems Analysis (IIASA) in Laxenburg bei Wien durchgeführte Studie.

Eine effizientere Bewirtschaftung der Weiden könnte demnach durch die wachsende Weltbevölkerung steigenden Bedarf an Nahrungsmitteln entgegenwirken. Die im Magazin „Global Change Biology“ veröffentlichten Erkenntnisse zeigen jedenfalls, dass etwa 40 Prozent der natürlichen Wiesenflächen effizienter genutzt werden könnten. Dadurch ließen sich – im Vergleich zum Jahr 2000 – potenziell fünf Prozent mehr Milch und vier Prozent mehr Fleisch erzeugen und riesige Flächen für andere Zwecke nutzen.

Man solle sich auf eine effizientere Nutzung der derzeit verfügbaren Landressourcen konzentrieren, statt neue Flächen – beispielsweise durch Entwaldung – zu erschließen, sagt dazu Tamara Fetzl von der Uni Klagenfurt, die die Studie im Rahmen eines Sommerprogramms für junge Wissenschaftler am IIASA durchführte.

Effizienz statt Entwaldung

Schätzungen über die Produktivität von Weideflächen und deren Intensivierungspotenzial gehören zu den unsichersten Parametern für globale Landnutzungsstudien. „Die Ergebnisse dieser Arbeit erlauben aufgrund der Berücksichtigung saisonaler Biomassezyklen eine realistischere Einschätzung der maximalen Nutzungsintensität“, sagt Petr Havlik vom IIASA.

Die Ergebnisse zeigten allerdings auch, dass die Potenziale zur Effizienzsteigerung deutlich geringer als gedacht ausfallen. (APA/gral)

Der lange Weg zu globalen Arbeitsstandards

Verantwortung. Von fairen Arbeits- und Sozialstandards für Textilarbeiter in Zulieferbetrieben ist man in Bangladesch noch weit entfernt. Forscher untersuchen nun, woran das liegt und wie sich die Situation ändern ließe.

VON SONJA BURGER

Vor drei Jahren starben in Bangladesch beim Einsturz des Fabrikgebäudes Rana Plaza mehr als 1100 Menschen. Das Unglück stieß u. a. das rechtlich verbindliche Übereinkommen „Accord on Fire and Building Safety in Bangladesh“ an. Darin verpflichten sich Textilunternehmen, die Fabriken regelmäßig prüfen zu lassen und sicherer zu machen. Darüber hinaus hat sich bei Arbeits- und Sozialstandards aber wenig bewegt. „Wenn zwar Löhne erhöht werden, aber gleichzeitig auch die Mieten, ist das ein Problem. Solche unintendierten Effekte sollten vermieden werden“, erklärt Elke Schüssler, Wirtschaftswissenschaftlerin an der Johannes Kepler Universität Linz.

In dem von ihr geleiteten dreijährigen, internationalen Forschungsprojekt wird die Umsetzung von fairen Arbeits- und Sozialstandards in globalen Lieferketten der Textilbranche in ihrer ganzen Komplexität untersucht. Ziel ist die Entwicklung von effi-

zienten Steuerungsinstrumenten, welche von allen Beteiligten – westlichen Textilunternehmen und Fabrikmanagern in Zulieferbetrieben – getragen werden und für die Arbeiter zu spürbaren Verbesserungen führen.

Woher kommen die Probleme?

Bereits im Pilotprojekt, bei dem in ausgewählten deutschen und australischen Textilunternehmen die Reaktionen auf Rana Plaza untersucht wurden, zeigten sich große Unterschiede. „In Deutschland wurde das Unglück als ein Problem von Baustandards und -struktur interpretiert, weshalb das Accord-Übereinkommen als Lösung gesehen wird“, sagt Schüssler. Anders in Australien: Dort wurden die gegenwärtige Struktur globaler Lieferketten und schlechte Arbeitsstandards als Mitverursacher erkannt. Die Folge waren mehr direkte Lieferantkontakte, weniger Agenten, teils aber auch der Rückzug vom Standort Bangladesch.

Das durch die gemeinnützige Volkswagen-Stiftung geförderte

Forschungsprojekt „Garment Supply Chain Governance Project“ geht auf Basis der Ergebnisse aus dem Pilotprojekt nun noch weiter. Das interdisziplinäre Forscherteam von Universitäten aus vier westlichen Industrienationen sowie aus Bangladesch führt Interviews mit achtzig Textilunternehmen aus Deutschland, Schweden, Großbritannien und Australien. Hinzu kommt die Seite der Zulieferindustrie, wo 200 Fabrikmanager und rund 2000 Arbeiter befragt werden sollen.

Einfach wird es den Forschern nicht gemacht. So mussten etwa die Regierung und die Vertreter der mächtigen Textilbranche in Bangladesch erst behutsam von den Vorteilen des Projekts überzeugt werden, um überhaupt Zugang zu Gesprächspartnern zu bekommen. Auch westliche Textilunternehmen sind teils schwer zu einer Teilnahme zu bewegen. Eine Ausnahme ist Schweden, wo Unternehmen schon länger auf mehr Transparenz in der Lieferkette setzen.

Bei den Interviews mit westlichen Unternehmen steht der Be-

reich Corporate Social Responsibility (CSR), wo es um soziale Verantwortung geht, im Fokus. Wie ist er aufgestellt? In welcher Konstellation steht er zum Einkauf? „Wir wollen nicht nur die Verschiedenheit aufzeigen, sondern auch, dass der Einfluss vom CSR-Bereich eine Bedeutung dafür hat, wie ernst das Thema Arbeits- und Sozialstandards bei Zulieferfirmen genommen wird“, so die Forscherin.

Schwierigkeiten bereitet den Experten die Intransparenz der Lieferketten. Wer wen beliefert, wird oft nicht preisgegeben. Schüssler, die seit Mai das Institut für Organisation und globale Managementstudien an der JKU Linz leitet, sieht die heutigen Steuerungsprobleme aber auch als Chance, um richtungsweisende Verbesserungen anzustoßen.

Der Tendenz, dem Konsumenten die Schuld in die Schuhe zu schieben, erteilt sie jedenfalls eine Abfuhr: „Solange die Unternehmen nicht für mehr Transparenz sorgen, kann Nachhaltigkeit kein Entscheidungskriterium sein.“

NACHRICHTEN

Lüften schützt nicht vor Schadstoffen im Auto

Rauchen im Auto stellt auch bei offenem Fenster ein Gesundheitsrisiko für mitfahrende Kinder dar. Forscher des Instituts für Umwelthygiene der Med-Uni Wien zeigten nun, dass Rauchen die Konzentration der Schadstoffpartikel, die auf den Rücksitzen eingeatmet werden, erhöht. Dazu untersuchten sie auf einem zehn Minuten dauernden Schulweg, wie sich die Schadstoffe im Auto ausdehnen.

Seibersdorf: Neues Technologiezentrum

Gestern, Freitag, erfolgte die Grundsteinlegung für ein Technologie- und Forschungszentrum der Wirtschaftsagentur Ecoplus. Es entsteht auf dem Gelände des Austrian Institute of Technology (AIT) im niederösterreichischen Seibersdorf. In den Neubau werden 17 Millionen Euro investiert. Als erster Mieter des 6570 Quadratmeter großen Objekts wurde bereits die AIT-Tochter Seibersdorf Labor GmbH fixiert.